

**Antrag 61/I/2022****AK Polen****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt****Kein Geld für Putins Kriegskasse – Zusammenarbeit in der Energiepolitik mit Polen und der Ukraine stärken**

1 Der russische Angriffskrieg in der Ukraine und die  
 2 damit verbundenen Gräueltaten auf Befehl des rus-  
 3 sischen Präsidenten sind gravierende Völkerrechts-  
 4 und Menschenrechtsverstöße und müssen sofort  
 5 gestoppt werden. Damit scheidet Russland als En-  
 6 ergielieferant von Steinkohle, Erdöl und Gas aus.  
 7 Gleichzeitig muss die Versorgungssicherheit garan-  
 8 tiert werden, ohne dabei die Energiewende durch  
 9 neue fossile Infrastruktur zu konterkarieren oder En-  
 10 ergiearmut zu begünstigen.  
 11 Damit die Unabhängigkeit von russischem Gas  
 12 machbar und sozial vertretbar wird, muss das Bun-  
 13 desministerium für Wirtschaft und Klimaschutz  
 14 (BMWK) nicht nur LNG (Liquefied Natural Gas) - Kon-  
 15 tingente aus anderen Ländern vertraglich sichern,  
 16 sondern auch verstärkt Synergien **mit existierenden**  
 17 **EU-ausländischen LNG-Terminals** nutzen. Sonst be-  
 18 steht die Gefahr eines Aufbaues kostenträchtiger  
 19 nationaler Überkapazitäten und damit fossiler In-  
 20 vestitionsruinen.  
 21 Dazu müssen wir viel stärker mit unseren EU-  
 22 Nachbarn eine Kooperation bezüglich der LNG-  
 23 Terminalkapazitäten ausbauen. Es sind neben den  
 24 LNG-Terminals in Zeebrugge, Rotterdam und Spa-  
 25 nien u.a. auch der grenznahe LNG-Port im polni-  
 26 schen winoujcie in die LNG-Versorgungskonzeption  
 27 des BMWK einzubeziehen. Zentrales Thema ist da-  
 28 bei der Transport in das deutsche Gasnetz, wie z.B.  
 29 durch Pipeline-Anbindungen oder durch Transport  
 30 auf der Schiene. Dies gilt auch für Gas aus der im  
 31 Herbst fertig werdenden Baltic Pipe von Norwegen  
 32 nach Niechorze-Pogorzelica. Das könnte auch bei-  
 33 spielgebend für die EU sein, denn wir brauchen nicht  
 34 nur einen gemeinsamen Strommarkt, sondern auch  
 35 einen gemeinsamen Markt für Gas und zukünftig  
 36 für die regenerativen Energien.  
 37 Gerade der Fall PCK Schwedt zeigt leider deutlich,  
 38 was es heißt, von einem einzigen Energielieferan-  
 39 ten abhängig zu sein, der zudem noch ein Kriegs-  
 40 treiber ist. Deshalb müssen Polen und Deutschland  
 41 für West-Polen und die ostdeutschen Länder eine  
 42 gemeinsame zukunftsfähige Energiepolitik initiie-  
 43 ren, die kurzfristig die Energieversorgungssicherheit

Erledigt durch Leitantrag

44 durch Kooperationen von Öl-Lieferungen über pol-  
45 nische und deutsche Ostseehäfen ermöglicht, mit-  
46 telfristig aber gemeinsam Konzepte entwickelt und  
47 umsetzt, die auf die Decarbonisierung, z.B. durch  
48 den Einsatz von H2 setzt. Nur so wird PCK Schwedt  
49 eine Zukunft haben und Arbeitsplätze für die nächs-  
50 te Generation gesichert.

51 Wir fordern, dass die Bundesregierung sich dafür  
52 einsetzt, dass es mit Polen und der Ukraine eine  
53 gemeinsame Energiepolitik geben soll. **Wir fordern**  
54 **die Deutsch-Polnische Regierungskommission auf,**  
55 **sich stärker dem Thema Energie zu widmen und**  
56 **dafür eine eigene Arbeitsgruppe Energie ins Leben**  
57 **zu rufen. Für die Oder-Partnerschaft der deutsch-**  
58 **polnischen Grenzregion fordern wir die Ausgrün-**  
59 **dung eines Runden Tisches Energie & Klima.**

60

#### 61 **Begründung**

62 Da der kurzfristige Ausbau zum kompletten Erset-  
63 zen von Erdgas von notwendigen erneuerbaren En-  
64 ergien innerhalb mehrerer Monate nicht machbar  
65 ist, muss die deutsche Gasversorgung auf LNG (Li-  
66 quefied Natural Gas) umgestellt werden, das per  
67 Tanker aus den USA, Katar, Norwegen transport-  
68 tiert und in speziellen LNG-Terminals entladen und  
69 regasifiziert wird. Deutschland hat keine solchen  
70 LNG-Terminals und ist damit auf Terminals in an-  
71 deren europäischen Ländern angewiesen. Deshalb  
72 hat die Bundesregierung entschieden, zwei schwim-  
73 mende LNG-Terminals in Wilhelmshaven und Bruns-  
74 büttel zu bauen, die Entscheidung für ein drit-  
75 tes Terminal steht noch aus. Um den sehr ambi-  
76 tionierten Zeitplan einer Inbetriebnahme ab 2023  
77 einzuhalten, bringt die Bundesregierung ein LNG-  
78 Beschleunigungsgesetz in den Bundestag ein. Es soll  
79 Genehmigungsverfahren beschleunigen, insbeson-  
80 dere durch die Umgehung der Umweltverträglich-  
81 keitsprüfung.

82 Das BMWK berücksichtigt mögliche LNG-Terminals  
83 in Zeebrügge, Rotterdam sowie in Spanien, wobei  
84 nur die ersten beiden Pipeline-Verbindungen in das  
85 deutsche Gasnetz haben. Die Anbindung der spa-  
86 nischen LNG-Ports an die mitteleuropäische Gas-  
87 leitungsinfrastruktur ist kurzfristig nicht machbar,  
88 da es erhebliche geologische wie auch politische  
89 Hemmnisse gibt. Dagegen gibt es in nächster Nähe  
90 einen hochmodernen LNG-Port im polnischen Swin-  
91 oujcie, der 2016 eröffnet worden ist und jetzt schon  
92 erweitert wird. Bisher findet dieses LNG-Terminal

93 der Polskie LNG S.A. beim BMWK keine Beachtung,  
94 obwohl Deutschland auf einen schnellen Ausstieg  
95 aus dem russischen Gas auf sehr viele LNG-Ports an-  
96 gewiesen ist.  
97